

# Konrad-Adenauer-Stiftung führt Demokratie-Debatte

**Berlin.** Politische Bildung soll Demokratiekompetenz vermitteln – darüber herrscht weit gehende Einigkeit in der Profession. Kontrovers wird diskutiert, worin die Defizite der demokratischen Ordnung bestehen, welche Veränderungspotenziale mobilisiert werden sollen und wie stark sich Bildungsarbeit an politisch eingreifender Handlungsfähigkeit orientieren kann, wobei Letzteres gerade den Unterschied schulischer und außerschulischer Bildung betrifft. Solche Fragen waren auch Thema eines „Demokratiekongresses“, den die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Ende 2009, passender Weise einen Monat nach Antritt der neuen Regierung, in Berlin veranstaltete. Die Stiftung, die seit dem 1. Januar 2010 von dem neuen Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering, ehemals Präsident des Europäischen Parlaments, geleitet wird, hatte unter dem Motto „erfolgreich politisch bilden“ nach Berlin eingeladen und war bei einem breiten Kreis von Interessierten und Engagierten auf Resonanz gestoßen.

Ausgangspunkt des Kongresses war die bedenkliche Lage, in der sich die demokratische Ordnung der Bundesrepublik – angesichts von Desinteresse, Distanz und Ignoranz gegenüber der Politik oder der schwindenden Bindung an (Volks-)Parteien – befindet. Eine Einführung zu den Herausforderungen gab der ehemalige Stiftungs-Vorsitzende, Bernhard Vogel. Bundestagspräsident Norbert Lammert knüpfte daran an und provozierte gleich eine Debatte übers Demokratieverständnis. Sein Auftritt dokumentierte ein weiteres Mal, dass es für die Profession der politischen Bildung einen Glücksfall darstellt, einen solchen Schirmherrn gefunden zu haben. (siehe auch das Interview mit dem Bundestagspräsidenten im Anschluss). Werner Blumenthal, Leiter der KAS-Bildungswerke, legte im ersten Kongress-Forum „Auftrag Demokratie“ besonderen Wert auf die Problemlagen, die „Baustellen“ der politischen Bildung. Hier steuerten DVPB-Vorsitzender Prof. Dirk Lange und Lothar Harles, der zur Zeit den Vorsitz des Bundesausschusses Po-

litische Bildung (bap) wahrnimmt, Diagnosen zum Ist-Stand schulischer und außerschulischer Bildung bei.

Auf dem Kongress rückte das Internet, das die politische Bildung in regelmäßigen Abständen – sei es als Hoffnungsträger, sei es als Sogethema – beschäftigt, wieder in den Vordergrund. Das zweite Forum „PB innovativ“ befasste sich mit diesem Punkt. Das Stichwort lautete „Web 2.0“ und spiegelte noch einmal die Auseinandersetzung wider, die den Kongress grundsätzlich beim Verhältnis von repräsentativer und direkter Demokratie, von Parlamentarismus und Plebiszit beschäftigte. Die zentrale Fragestellung lautete: Ist das Internet nur ein weiterer, möglicher Weise überschätzter Informationskanal, der Kommunikationsprozesse ausweitet, beschleunigt und ökonomisiert? Oder geht es über solche quantitativen Veränderungen hinaus um eine neue Qualität, die sowohl demokratietheoretisch als auch lerntheoretisch relevant ist und praktische Konsequenzen im Blick auf gesellschaftliche Teilhabe hat?

Die Bedeutung des Web 2.0 für die Bildungsarbeit war auch Thema einer Fachtagung, die der Runde Tisch der politischen Bildung, das Konsultations- und Koordinationsgremium von Bundeszentrale für politische Bildung und Bildungsträgern, Anfang Februar 2010 veranstaltete. Deutlich wurde hier, dass das Internet-Thema nicht nur eine technische Angelegenheit ist, sondern mit seinem neuen Charakter von Massenkommunikation das Demokratieverständnis betrifft. Ob hier allerdings ein



Der Bundestagspräsident im Interview mit zwei Schülerreportern auf dem Demokratiekongress der Konrad-Adenauer-Stiftung

qualitativer Sprung in puncto allgemeiner Partizipation stattfindet, bleibt zweifelhaft. Die Debatte geht weiter. „Ergebnisse im Netz unter <http://pb21.de>.“

*Johannes Schillo*

## Kurzinterview mit Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert

Nach seiner Grundsatzrede zur Demokratieentwicklung und Politischen Bildung beim Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung nahm sich Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert Zeit für ein Kurzinterview mit Julia Gravenstein und Maximilian Lüderwaldt, Teilnehmer der Schülerwerkstatt auf dem „Demokratie-Kongress“.

*Herr Bundestagspräsident, wie kann man das Interesse der Bürger an Politik erhöhen?*

Der wirkungsvollste Weg ist meiner Meinung nach eindeutig, den Leuten klarzumachen, wo sie in ihrem Leben konkret von Politik betroffen sind. Allgemeine Inhalte zu vermitteln, ist zwar auch gut, hilft aber bei weniger interessierten Leuten oft nicht weiter.

*Haben Sie ein konkretes Beispiel?*

Selbstverständlich. Wenn ein Raucher wegen dem Rauchverbot in einer Kneipe nicht mehr rauchen darf, ist er davon betroffen. Dann spürt er die Politik. Vor allem spürt er dann, dass man gar nicht umhin kommt, sich mit Politik zu beschäftigen.

*Selbst an Gymnasien, wo eigentlich eine intensive Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen stattfinden sollte, haben Schüler oft nur wenig politische Bildung. Sehen Sie darin langfristig eine Gefahr für die Demokratie?*

Das ist natürlich nicht ganz so einfach zu beantworten. Aber aufpassen müssen wir auf jeden Fall. Vielleicht lässt sich meine Sicht auf folgende Formel verkürzen: Je weniger politische Kenntnisse in einer Gesellschaft vorhanden sind, desto anfälliger ist diese Gesellschaft dann auch, sich in eine Vereinfachung

der Dinge zu flüchten. Und das ist dann nicht ganz ungefährlich. Also müssen wir aufpassen.

*KAS*

## Oskar Negt: Chancen für die politische Bildung

**Weimar.** Einen „kollektiven, neuen Lernzyklus“ sieht der Soziologe Oskar Negt. Im Rahmen der GEW -Herbstakademie im November vergangenen Jahres prognostizierte er für die politische Bildung eine Hochkonjunktur. Denn die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise führe auch zu einer „kulturellen Erosionskrise“. Der um sich greifende „Privatisierungswahn“ plündere den Sozialstaat und die so zentralen Systeme aus; auch im Bildungsbereich greife er immer mehr um sich. Jede gesellschaftliche Nische, die lukrativ erscheint, werde vom Kapitalismus besetzt. Der Widerspruch hierzu eröffne neue Bildungschancen. Hierzu – so Negt – seien Bildungsmöglichkeiten ohne Verwertungsinteressen und ein Lernen ohne Zeitstress nötig.

Unter dem Motto „Die Menschen stärken und die Dinge klären – Politische Bildung und Handlungskompetenz“ fand vom 26. bis zum 28. November die GEW -Herbstakademie 2009 im Zentrum Weimars statt. In diesem Jahr kooperierte die GEW mit ARBEIT UND LEBEN e.V. Dahinter steht das Anliegen, für die politische Bildung Kräfte zu bündeln und ihr im Weiterbildungsbereich den gebührenden Stellenwert zu verschaffen. Die Herbstakademie fordert, politische Bildung mehr als bisher zu fördern.

*kph*

## Hedtke: Einseitige Ökonomik.

**München.** In einem ausführlichen Beitrag der Süddeutschen Zeitung vom 8. Februar 2010 setzt sich Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Professor für Wirtschaftssoziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld mit einer jüngst vor gelegten „Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung“ des Bundesverbandes der Banken auseinander, in dem ein zweistündiges Pflichtfach Wirtschaft von Klasse 5 bis 12 gefordert wird. Dieses Papier ist eine Auftragsarbeit des Oldenburger Instituts für Ökonomische Bildung (IÖB).

Hedtke wirft dem dort vertretenen Ansatz Einseitigkeit vor: „Bankenverband und IÖB fordern eine wirtschaftliche Bildung, die auf homogenes Denken in orthodoxen standardökonomischen Modellen zielt. Ein Schulfach, das nur ein einziges Paradigma propagiert, dürfte ziemlich einzigartig sein



Abitur – und was dann? Schwierige Entscheidung über den weiteren Bildungsweg: „Sofort studieren oder eine Berufsausbildung beginnen oder erst einmal ein Jahr ins Ausland?“

(sieht man einmal vom konfessionellen Religionsunterricht ab). ... Für die Erklärung, wie die Wirtschaft funktioniert, verdient ein solches Fach bestenfalls die Note ausreichend. Und die Kopfnote für Pluralismus lautet: mangelhaft. [...]

Der ideologische Effekt des neuen Faches dürfte seine Beiträge zur Erklärung der Wirtschaftswelt übertreffen. Einer kritischen und praxiswirksamen ökonomischen Bildung nützt das nicht. Die aber wird dringend gebraucht“, resümiert Hedtke seine Kritik und macht

sich dagegen für eine ökonomische Bildung an Schulen stark, die wirtschaftliches Handeln und wirtschaftliche Strukturen in ihrem vielgestaltigen Zusammenspiel von Marktprozessen, Machtbedingungen und subjektiven Präferenzen aufgreift und der Orientierung von Lernenden in der Wirtschaftsgesellschaft dient.

vO

## Prekäre Beschäftigung in der Weiterbildung

**Duisburg.** Ca. 650.000 Lehrende sind in der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung tätig; ein Drittel von ihnen führt die Lehrtätigkeit hauptberuflich aus. Ca. 150.000 „hauptberufliche“ Honorarkräfte verfügen nur über ein geringes Einkommen – und das trotz wachsender Arbeitsbelastung. Das ist ein Ergebnis einer gerade erschienenen Studie von Professor Rolf Dobischat, Marcel Fischell und Anna Rosendahl vom Institut für Berufs- und Weiterbildung der Universität Duisburg-Essen. Dabei wurde ein wichtiger Unterschied herausgefunden. Denn die Interviews, die das wissenschaftliche Team eingeholt haben, zeigen, „dass sich die Einkommen in der allgemeinen Weiterbildung im Vergleich zur beruflichen/betrieblichen auf einem wesentlich niedrigeren Niveau bewegen“.

Die Autoren sehen, „dass eine Polarisierung in den Beschäftigungsbedingungen wie auch -chancen zwischen den beiden Segmenten der allgemeinen und beruflichen/betrieblichen Weiterbildung eingetreten ist“. Die Einkommenslage der in der allgemeinen Weiterbildung Lehrenden ist teilweise „katastrophal“ und das trotz gestiegenen Anforderungen, erhöhtem Aufwand und zusätzlichen Aufgabenstellungen bei der Arbeit. Etliche dieser „hauptberuflichen“ Honorarkräfte üben eine „Mehrfachbeschäftigung ohne soziales Sicherungsnetz“ aus. Das monatliche verfügbare Einkommen liege „zwischen 800 und 1.100 Euro“. Hinzu kommt die Angst vor dem Abgleiten in die Armut und dem Verlust von beruflicher Anschlussfähigkeit.

Eine Honorarkraft schildert ihre Situation so: „Mein Einkommen reicht ge-

rade für das Nötigste, also Essen, Strom, Telefon und ein Dach über den Kopf. Also ich kann davon leben. Nur für die Krankenversicherung fehlt mir stellenweise das Geld.“ Und eine andere Aussage: „Was mich manchmal aufregt, ist, ich arbeite viel und kriege nur wenig raus, manchmal weniger als andere mit Hartz IV, obwohl ich eigentlich Aufgaben mache, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden.“ Die prekäre Lebenslage etlicher Weiterbildner/innen bringt nach Auffassung der Autoren „negative Auswirkungen auf die Weiterbildungsqualität“ mit sich – und das, obwohl permanent die Notwendigkeit vom „lebenslangen lernen“ propagiert wird.

kph

## Brandenburg: Schulfach „Politische Bildung“ startete durch

**Potsdam.** In seiner kurzen Geschichte hat die Politische Bildung an Brandenburgs Schulen schon einige Aufschwünge und auch Abschwünge erlebt. Nun kann aber der Landesvorsitzende der DVPB, Dieter Starke, von positiven Signalen aus dem Potsdamer Bildungsministerium berichten: Die Position des Faches in den Jahrgangsstufen 7–10 als Pflichtfach wird garantiert; auch in den gymnasialen Oberstufen wird das Fach zum Pflichtangebot zählen. Unter Mitwirkung von Vertreter/innen des DVPB-Landesverbandes wird der KMK-Beschluss vom 8. März 2009 zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ zügig in überarbeitete Lehrpläne eingebracht. (Zu Einzelheiten siehe die Verbandspolitische Rundschau in diesem POLIS-Heft, S. 28–29.)

vO

## Wentzel (BLLV): „Politikunterricht vom Feinsten“

**Bamberg/München.** Bayerns Schüler machen Front gegen den als viel zu hoch empfundenen Leistungsdruck am neuen achtjährigen Gymnasium (G8). Bei landesweiten Aktionen demonstrierten am Freitag Hunderte von G8-Schülern gegen die Politik des Kultusministeriums. Zum Auftakt gingen am Vormittag in Bamberg Schüler aus Ober- und Unterfranken auf die Straße. Die Veranstalter sprachen von rund 500 Teilnehmern. In Bayreuth waren es nach Angaben der Organisatoren rund 1000 Gymnasiasten. Zur zentralen Protestveranstaltung in München hatten sich am Vormittag auch bereits mehrere hundert Schüler eingefunden. Präsident Klaus Wentzel vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) rief bei der Münchner Protestaktion alle Lehrer dazu auf, sich mit den Schülern zu solidarisieren. Insbesondere dürfe kein Schüler wegen der Teilnahme an den Protesten bestraft werden, nur weil diese zum Teil während der Unterrichtszeit stattfanden. Vielmehr müsse man die Aktionen der Schüler als „geliebte Demokratiepädagogik“ und als „Politikunterricht vom Feinsten“ verstehen, sagte Wentzel.

Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) hatte die Terminplanung im Vorfeld als „blanke Provokation“ kritisiert, weil mehrere Protestaktionen – wie in Bamberg, Bayreuth und München – noch während der Schulzeit angesetzt waren. Nach den Worten von Spaenle ist es den Direktoren der Gymnasien überlassen, ob sie disziplinarische Maßnahmen ergreifen oder unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht anderweitig pädagogisch aufarbeiten. Weitere Protestaktionen waren für Augsburg, Würzburg und Kempten angekündigt.

dpa; 12.2.2010



## Aktionstage Politische Bildung

5. bis 23. Mai 2010

Die Aktionstage finden bereits zum 6. Mal statt; Veranstaltungsprogramm im Internet unter: [www.bpb.de/Aktionstage](http://www.bpb.de/Aktionstage)